

# INTERPELLATION

**Urheber** UDC, durch Jérôme Desmeules  
**Gegenstand** Krankenkassenprämien: Konsequenzen des Bundesgerichtsurteils und Aktionsplan zur Senkung der Prämien für alle  
**Datum** 11.03.2019  
**Nummer** 2.0272

---

In seinem Entscheid vom 22. Januar 2019 legt das Bundesgericht den Rahmen für die kantonalen Kompetenzen in Sachen individuelle Prämienverbilligung (IPV) genauer fest.

Dieser Bundesgerichtsentscheid führt zu einer Erhöhung der Prämienverbilligung für Kinder und junge Erwachsene in Ausbildung um 3,5 Millionen Franken. Die UDC-Fraktion begrüsst diese Erhöhung, selbst wenn sie anlässlich der Budgetberatung 2018 rund das Zehnfache gefordert hat.

Mit diesem Vorstoss wollen wir wissen, welche langfristigeren Auswirkungen dieser Entscheid haben wird und welche Massnahmen der Kanton zu ergreifen gedenkt, um die finanzielle Last der Krankenkassenprämien für den Mittelstand zu reduzieren.

Seit Jahren wälzt der Kanton die Kosten des stationären auf den ambulanten Bereich ab. Dies hat zwar insgesamt eine Kostensenkung zur Folge, erhöht aber die finanzielle Last der Prämienzahler, welche die Kosten der ambulanten Versorgung vollumfänglich tragen müssen, während der Kanton 55 % der Kosten für die stationäre Versorgung übernimmt.

Man hätte nun denken können, dass die Einsparungen des Kantons im stationären Bereich für eine Erhöhung der Prämienverbilligung oder eine Reduzierung der KVG-Kosten eingesetzt würden. Dies war aber nicht der Fall.

Gleichzeitig hat der Kanton auch eine Erhöhung des TARMED-Taxpunktwertes beschlossen. Dies wird zwangsläufig zu einer weiteren Erhöhung der Gesundheitskosten und folglich der Prämien führen.

## **Schlussfolgerung**

Die Problematik des Anstiegs der Gesundheitskosten und folglich der Krankenkassenprämien ist akuter denn je. Wir wollen daher von der Regierung Folgendes wissen:

- Welches sind auf längere Sicht die konkreten langfristigeren Auswirkungen dieses Bundesgerichtsentscheids auf die Autonomie des Kantons in Sachen IPV?
- Welche Massnahmen gedenkt der Kanton zu ergreifen, um die Gesundheitskosten rasch zu senken und sie langfristig einzudämmen?
- Welche Vorschläge gedenkt die Regierung zu machen, um den Anteil der KVG-Kosten auf den früheren Stand zu reduzieren (Kostenaufteilung zwischen dem Kanton und den Prämienzahlern)?